

Dies ist ein Auszug aus der Gemeinderatssitzung in Graz vom 15. Mai 2014

Das vollständige Dokument der Dringlichen Anträge ist hier

http://www.graz.at/cms/dokumente/10233090_410977/7ba60d67/140515_dringliche2.pdf

bzw alle Gemeinderatsprotokolle sind hier zu finden

<http://www.graz.at/cms/ziel/410977/DE>

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 16.45 Uhr den Vorsitz.

4) Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP/TAFTA)

GR. Mag. **Krotzer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Krotzer**: Sehr geehrte Damen und Herren, werte Besucherinnen und Besucher! In meinem Antrag geht es um eine sehr sperrige Thematik auf den ersten Blick, nämlich die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft, kurz TTIP. Hinter diesem sperrigen Begriff versteckt sich die Tatsache, dass momentan zwischen der EU-Kommission und der US-amerikanischen Regierung ein Freihandelsabkommen ausgehandelt wird, das von den Befürwortern als Maßnahme zu Wirtschaftswachstum und zur Arbeitsplatzschaffung verkauft wird, wo es sich aber lohnt, einen genaueren und kritischeren Blick darauf zu werfen und spätestens hier sollen die Alarmglocken bei allen schrillen. Es ist nämlich so, dass Gegenstand der Verhandlungsmaterie hier, wenn man das betrachtet, dass im Interesse von sozialen Standards, im Interesse von ArbeiterInnenrechten, von öffentlichem Eigentum, Umweltauflagen, Verbraucher und Datenschutz sowie ökonomische Entwicklung und demokratische Kontrolle höchste Vorsicht geboten ist, weil all diese Bereiche Teil dieser Verhandlungen sind und hier sind einige Punkte drinnen, die, wenn man angleicht die Standards zwischen den USA und der EU, das Ganze eine Negativspirale auslösen könnte bei Sozial- und Umweltstandards, das gleichzeitig die Macht der Konzerne wesentlich stärken könnte und das auch noch dazu führt, dass große Konzerne in der Lage wären, Staaten zu verklagen und zwar im Bereich von Milliardenhöhe. Also in aller Kürze gesprochen, haben wir es hier damit zu tun mit einer Vertragsabsicht, die dazu führen könnte, dass die europäischen Standards in vielen Bereichen, also ich habe gesagt soziale Rechte, im Bereich des Umweltschutzes etc. sprichwörtlich unter die neoliberale Dampfwalze geraten könnte. Ich möchte ein paar Beispiele dazu herausnehmen. Wenn wir uns einmal anschauen die Situation im Arbeitsrecht, da ist es so, dass die USA gerade einmal zwei von acht der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation unterzeichnet hat. Das bedeutet, dass Regelungen über Arbeitszeit und Urlaub, über Mindestlöhne, über Arbeitsschutzbestimmungen und betriebliche Mitwirkungsrechte hier potentiell als Handelshemmnisse gelten könnten und durch Klagen von Konzernen zu Fall gebracht werden können. Im Bereich des öffentlichen Eigentums ist es so, dass

Privatisierungsdruck seitens von Konzernen wesentlich stärker werden würde, auch in der öffentlichen Auftragsvergabe, soziale und ökologische Aspekte nur mehr sehr eingeschränkt Wirkung tragen würden. Wenn wir uns die Lebensmittelgesetze anschauen, möchte ich kurz darauf eingehen, was die Umweltorganisation Greenpeace dazu feststellt, die sagt: Aus Sicht von US-Konzernen stellen nicht nur Importverbote für mit Chlor desinfiziertem Hühnerfleisch, Klon- und Hormonfleisch sogenannte Handelshemmnisse dar. Auch die in Europa stockenden Zulassungsverfahren und strengere Kennzeichnungspflicht für genmanipulierte Lebensmittel sind mächtigen US-Konzernen ein Dorn im Auge. Also auch im Bereich Umwelt-, Lebensmittelschutz wäre das, wenn das so kommen würde, ein gewaltiger Hammer. Wenn wir uns weiter anschauen den Finanzsektor, ist es auch hier so, dass sowohl die EU- als auch die US-Verhandlungsdelegation auf eine weitere Liberalisierung und Deregulierung des Finanzmarktes drängen und auch die Maßnahmen, die in den letzten Monaten und Jahren gesetzt worden sind, um den Finanzmarkt zu regulieren, wieder zurückgenommen werden würden. Im Bereich Datenschutz sind hier in die Verhandlungen Konzerne miteingebunden, die selbst massenhaft personenbezogene Daten an die NSA weitergegeben haben, und worauf man auch noch zu sprechen kommen sollte, ist die Frage des Schlichtungs- oder der Schiedsgerichte, die geplant sind, die bedeuten würden, dass große Konzerne in der Lage sind, Staaten zu verklagen, wenn sie sogenannte Handelshemmnisse in Form von Arbeitsrechten, in Form von Lebensmittelschutzgesetzen etc. durchführen. Ich möchte dazu ganz kurz aus der *Le Monde diplomatique* zitieren: „Dieses Schlichtungsregime macht klar, dass die Rechte von Unternehmen höherwertig sein sollen als die Souveränität von Staaten. Es würde Unternehmen ermächtigen, die Regierung der USA oder eines EU-Staates vor ein außergerichtliches Tribunal zu zerren. Und zwar mit dem schlichten Argument, dass die Gesundheits-, Finanz- oder Umweltpolitik dieser Regierung ihrer Investorenrechte beeinträchtigt.“ Ich komme gleich zum Schluss. Wie gesagt, das stellt in sehr, sehr vielen Bereichen massive Einschränkungen dar, es ist auch etwas, was zwar transatlantisches

Freihandelsabkommen heißt und Atlantik ist weit von Graz entfernt. Allerdings würde auch das die Situation in der Stadt Graz massiv beeinschränken und beeinflussen, weil natürlich dieses Regelwerk auch für die Stadt Graz gelten würde beziehungsweise auch die hier in Graz lebenden Menschen natürlich von diesen neuen Arbeitsrechten, von diesen neuen sozialen Standards, von diesen neuen Lebensmittelschutzgesetzen etc. betroffen wären. Insofern wäre es, glaube ich, ein sehr wichtiges Signal, wenn hier die Stadt Graz ein Zeichen setzen würde, hier sagen würde, es dürfen nicht alle unsere sozialen Standards den Profitinteressen großer Konzerne geopfert werden und sich die Stadt Graz gegen das Freihandelsabkommen TTIB aussprechen würde.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Die Stadt Graz fordert die österreichische Bundesregierung auf, sich gegen das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) zwischen der EU und den USA auszusprechen, die Europäische Kommission zu einem sofortigen Abbruch der Verhandlungen zu drängen und die Verhandlungsdokumente offenzulegen.

Dankesehr (*Applaus KPÖ*).

5) Ablehnung von intransparenten Verhandlungen über TTIP

GR. **Pacanda** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Pacanda:** Ich werde versuchen, da gleich anzuschließen und ein bisschen vielleicht die kleinen Unterschiede herauszuarbeiten. Warum auch heute, das ist vielleicht eine interessante Frage, warum wir da heute darüber reden. Heute ist ein internationaler Protesttag. Für die, die es nicht wissen, das heißt in Österreich, in Deutschland, in Italien, in Belgien, in Polen, in Tschechien, in Schweden wird zu dem aktuellen Zeitpunkt und jetzt zur aktuellen Stunde gerade demonstriert gegen dieses transatlantische Handelsabkommen. Der Robert hat schon sehr viel gesagt. Ich möchte noch einen Punkt eigentlich herausheben, der für Graz relativ relevant ist, der eh schon erwähnt worden ist und zwar das ist dieses ISDS, dieses Investor-State-Dispute-Settlement. Da geht es im Endeffekt um eines, da geht es um politische Entscheidungsfähigkeiten, die möglicherweise der Stadt Graz dadurch verlorengehen könnten. Ich nehme ein simples Beispiel heraus und das war das Beispiel der Umweltschutzmaßnahmen. Es könnte sein, wenn ein amerikanisches Unternehmen in Graz ansässig ist oder beteiligt ist an einem Unternehmen, das in Graz ansässig ist, und die Stadt Graz beschließt Umweltschutzmaßnahmen, wir haben ein Feinstaubproblem in Graz, es kann sein, dass wir sagen, ok, wir brauchen Filter für Firmen, oder keine Ahnung, verkehrstechnische Maßnahmen im Bereich Feinstaub, wir beschließen irgendwas und aus irgendeinem Grund wird dieses amerikanische Unternehmen dann genau vor dieses Schiedsgericht gehen und sagen, naja, das betrifft uns jetzt in dem Maße nicht und wir haben dadurch Verluste, wir haben dort Einkommensverluste in Form von Millionen-, Milliardenhöhe, dann muss die Stadt Graz, dann könnte das passieren, dass die Stadt Graz das zahlen muss. Und dieses ISDS kann Teil dieses TTIP sein, und ist deswegen im Speziellen, also ganz spezifisch neben den ganzen anderen Punkten, die der Robert schon gesagt hat, spezifisch auch abzulehnen und ist einfach ein Demokratieverlust für uns in Graz, für unsere Entscheidungsfähigkeit. Das ist auch eigentlich einer der größeren Unterschiede zwischen den zwei Anträgen, das heißt, bei mir kommt jetzt noch eben in dem Sinn dazu, keine Zustimmung zu diesem oder anderen Abkommen, das durch das Investor-state dispute settlement, ISDS, die Möglichkeit demokratischer Entscheidungsgewalt

stark einschränkt, das ist der eine Punkt, der jetzt anders ist im Vergleich zum Robert seinem Antrag und der zweite kleine Punkt ist, dass im Endeffekt in meiner Formulierung drinnen steht, sich auf allen politischen Ebenen für ein Ende der unter den jetzigen Bedingungen geführten Verhandlungen zum transatlantischen Freihandels- und Investitionsabkommen TTIP einzusetzen und der zweite Punkt, alle bisherigen Verhandlungsdokumente offenzulegen. Dankeschön.

GR.ⁱⁿ **Potzinger** zur Dringlichkeit: Nur eine kleine Aufklärung, lieber Kollege Pacanda zu internationalen Tagen. Mag sein, dass heute im Sinne eures Antrages einige Organisationen sich in einigen Ländern geeinigt haben, gemeinsam zu protestieren. Der 15. Mai ist aber seit 20 Jahren weltweit der internationale Tag der Familie. Von der UNO als solches ausgerufen, also der große Festtag ist heute für die Familien, es mag auch Proteste geben, aber vergessen wir bitte nicht, der 15. Mai ist der Tag der Familie (*Applaus ÖVP und FPÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Gerade wenn heute der Tag der Familien ist, ist auch besonders wichtig, dass man hinschaut, weil hier geht es natürlich um den Schutz derer, die in der Marktgesellschaft nicht so gut vertreten sind, das ist eine superschöne Kombination. Nämlich es geht auch darum, dass die, die nicht voll dabei sein können, zum Beispiel Familien, wo halt jemand auf Kinder schaut oder auch nicht, zumindest Betreuungspflichten hat, die nicht der vollen Marktlogik ausgesetzt sein sollen, um solche Personen geht es. Jetzt bin ich als Ökonom natürlich durchaus für Freihandel prinzipiell unter ganz bestimmten Bedingungen. Da bedarf es klarer Spielregeln, dann kann Freihandel, dann kann Konkurrenz sinnvoll sein, aber solange diese Spielregeln nicht geklärt sind, und das ist eindeutig nicht der Fall, wie ausdrücklich darauf

hingewiesen wird, solange da ungleiche Machtverhältnisse sind, solange gewisser Arbeitnehmerschutz nicht gesichert ist, solange ein gewisser Umweltschutz nicht gesichert ist, sind wir natürlich ganz klar gegen diese Abkommen, weil viel wichtiger wäre es, zuerst diese Spielregeln zu vereinheitlichen auf einem vernünftigen Niveau und davon sind wir weit weg. Wir brauchen natürlich manchmal einen Schutz für gewisse Bereiche, wo es sinnvoller ist, dass es der öffentliche Sektor macht, als der private, wir brauchen einen Mindestarbeitnehmerschutz, wir brauchen einen Mindestumweltstandard und dergleichen, dann wenn das irgendwann einmal geklärt ist, dann bitte Freihandel, dann funktioniert das, aber sicher nicht unter diesen Bedingungen, wie es jetzt ist. Deshalb eindeutig Unterstützung der Dringlichkeit und, falls wir dazu kommen, auch gerne Unterstützung des Inhaltes. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Krotzer**: Nachdem ich mir nicht ganz sicher bin, ob wir nachher noch einmal in die Debatte kommen, hier von meiner Seite auch nochmal der Appell an alle Fraktionen, sich dem Antrag anzuschließen. Ich glaube, dass das, was in diesem Vertragswerk geplant ist, niemand hier herinnen unterstützen kann, niemand dafür sein kann, wo man auch aus christlich-sozialen oder sozialdemokratischen Grundhaltungen heraus da durchaus auch sagen muss, nein, so wollen wir das nicht. Vielen Dank (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit des KPÖ-Antrages wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und SPÖ) angenommen.

Die Dringlichkeit des Antrages der Piratenpartei wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

GR. **Grossmann** zum Antrag: Manches Mal, liebe Kolleginnen und Kollegen, liegen die Dinge halt sehr im Detail. Also muss man schon erklären, warum ist man auf der einen Seite dafür und auf der anderen Seite nicht, warum unterstützen wir den Antrag vom Philip Pacanda und nicht den Antrag vom Kollegen Krotzer. Da liegt es wirklich sehr im Detail. Es geht nämlich in der Ablehnung sozusagen dieses Freihandelsabkommens uns in erster Linie um den Inhalt und um die derzeitige Form der Verhandlungen. Prinzipiell bekennen wir uns zu Verhandlungen über Freihandelsabkommen, prinzipiell sind wir auch dafür, dass Gespräche geführt werden zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten, aber wie die Verhandlungen bisher gelaufen sind und was an Ergebnissen derzeit vorliegt, dem können wir nicht zustimmen und deshalb halten wir uns daran fest, dass im Antrag vom Philip Pacanda und von derzeitigen Bedingungen gesprochen wird. Es gibt die Möglichkeit, unter anderen Bedingungen grundsätzlich über Freihandelsabkommen zu reden, das muss uns klar sein, in einer globalisierten Welt ist es notwendig, dass verschiedene Wirtschaftsräume miteinander darüber reden, unter welchen Bedingungen und mit welchen Standards sie Handelsverkehr betreiben oder Dienstleistungen austauschen wollen, das ist eine Realität. Dass wir die Standards nach unseren Kriterien festlegen wollen, ist auch eine Realität. Deshalb stelle ich fest, dass die Sozialdemokratie nicht nur hier im Grazer Gemeinderat, sondern bis hinauf zum Herrn Bundeskanzler, sagt, die derzeitig vorliegenden Ergebnisse der Verhandlungen des Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten finden nicht unsere Zustimmung, werden das auch nicht im Europäischen Parlament finden, wir stellen fest, dass uns die Verhandlungsergebnisse nicht gefallen, dass uns auch die Übernahme verschiedener Dinge da drinnen nicht

gefallen, aber wir bekennen uns grundsätzlich dazu, dass es Gespräche und Verhandlungen geben muss (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Frölich**: Hoher Gemeinderat, geschätzte Antragsteller! Auch wir, da kann ich Kollegen Grossmann nur beipflichten, wir finden das nicht den richtigen Weg, wenn man fordert, Verhandlungen abubrechen, nur weil ein falsches Ergebnis herauskommen könnte. Der jetzige Stand der Dinge ist nicht zufriedenstellend, es gibt zuständige Gremien, es gibt zuständige Vertreter, auf die wir auch, Gott sei Dank, Zugriff haben im Europäischen Parlament, aber auch auf Bundesebene, wir sind absolut dafür, dass Verhandlungen zu einem Ende geführt werden, das Verhandlungsergebnis wird zu beurteilen sein und es wird darüber abzustimmen sein. Zu sagen, wir brechen Verhandlungen ab, weil wir uns vor dem Ergebnis fürchten, ist sicher nicht der richtige Weg, es kann auch ein Ergebnis sein, mit dem wir zufrieden sind, aber das können wir zum jetzigen Zeitpunkt nicht feststellen. Deshalb haben wir auch der Dringlichkeit nicht zugestimmt und deswegen werden wir auch dem Antrag nicht zustimmen. Danke.

GR. Mag. **Krotzer**: Auf den Kollegen Frölich kurz replizierend, also ich für meinen Teil kann sagen, ich fürchte mich vor dem Ergebnis, was da herauskommt. Auf den Herrn Kollegen Grossmann bezogen, ja natürlich kann es und soll es Gespräche zwischen der Europäischen Union und der USA geben. Die Frage ist, auf welcher Grundlage passiert das und da möchte ich schon noch einmal darauf verweisen, dass von der Europäischen Kommission veröffentlicht worden ist eine Liste an Vorgesprächen, die es im Rahmen der Verhandlungen gegeben hat und diese Liste ergibt, dass 93 % aller Vorgespräche zu diesen Verhandlungen, die geführt worden sind, sind mit Vertretern

von Konzernen geführt worden. 93 %, die restlichen 7 % teilen sich auf alle anderen auf, da ist halt für mich irgendwie die Frage, unter den Voraussetzungen kann ich in solche Verhandlungen nicht reingehen, dass das natürlich eine sehr einseitige Sache sein wird, ist meines Erachtens noch klar und insofern glaube ich, kann die einzig sinnvolle Forderung dafür sein, zurück an den Start zu gehen. Dankesehr (*Applaus KPÖ*).

GR. **Pacanda**: Ich hänge mich wieder an eigentlich, was du gesagt hast. Es ist auch genau das, was wir eben kritisieren, dass genau Umweltverbände und Vertreter und NGOs da eben nicht eingebunden worden sind und die gehören definitiv in diesen Prozess eingebunden, damit es was Gescheites wird in Summe. Das ist genau der Punkt, den wir fordern. Das heißt, eigentlich ist es schon wieder eigentlich ein Zurück an den Start, aber einfach neu verhandeln und eben nicht unter diesen Bedingungen das Ganze weiterführen. Dankeschön.

Der Antrag der KPÖ wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und SPÖ) angenommen.

Der Antrag der Piratenpartei wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 17.00 Uhr den Vorsitz.